



Amtsgericht Kamen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 09.11.2026, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 1, Poststr. 1, 59174 Kamen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Bergkamen, Blatt 15540,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Bergkamen, Flur 1, Flurstück 866, Gebäude- und Freifläche,
Kurt-Piehl-Straße 9 a, Größe: 250 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein im Jahr 2015 gebautes, nicht unterkellertes, zweigeschossiges Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte) mit ausgebautem Dachgeschoss nebst Fertiggarage mit Abstellraum.

Raumeinteilung Einfamilienhaus:

Erdgeschoss: Flur, Gäste-WC, Hausanschluss-/Abstellraum. Küche, Wohnen/Essen, überdachte Terrasse

Obergeschoss: Flur, Schlafen, Abstellraum, zwei Kinderzimmer, Bad

Dachgeschoss: Flur, Kinderzimmer, Heizungsraum bzw. Wasch-/Trockenraum

Die Wohnfläche beträgt ungefähr 130 m², die Bruttogrundfläche der Garage nebst

Abstellraum liegt bei ungefähr 27 m².

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.07.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

365.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.